Podium Zeitgeschichte

Mehr als eine Fußnote!

Die Sowjetische Besatzungszone und die DDR in der deutschen und europäischen Geschichte

30 Jahre nach dem Ende der deutschen Teilung treibt uns die DDR immer noch um. In den aktuellen medialen Debatten wird vermehrt auf die Unzufriedenheit und lauten Missfallensbekundungen über die Demokratie in Ostdeutschland verwiesen, und man sucht Gründe dafür in der Vereinigungskrise. Demzufolge gingen die meisten Ostdeutschen mit so hohen Erwartungen in das vereinigte Deutschland, dass diese nur enttäuscht werden konnten. Die meisten Westdeutschen wiederum verharrten – so der weit verbreitete Eindruck – in der Pose der Sieger der Geschichte, die wenig bis gar kein Verständnis für die Sorgen und Nöte ihrer Landsleute aufbrachten, sondern diese sogar beschuldigten, für die vor allem von ihnen aufgebrachten Opfer in Form höherer Steuern und Abgaben undankbar zu sein.

Der eine, in die Gegenwart führende Strang der Diskussion sucht vor dem Hintergrund der sozioökonomischen Transformationen der Jahre nach der Wiedervereinigung und der damals entstandenen unterschiedlichen Mentalitäten Erklärungen für das heutige Verhalten der Ostdeutschen – die es damals wie heute so nicht gab. Der andere, weniger ausgeprägte Diskussionsstrang führt auf der Suche nach Erklärungen in die Vergangenheit. War die Einheitseuphorie der Ostdeutschen nach Öffnung der Berliner Mauer nur eine kurzzeitige Erscheinung? Waren „Wessis“ und „Ossis“ aufgrund der 40-jährigen Teilungsgeschichte nicht einfach zu unterschiedlich für eine Wiederherstellung der deutschen Einheit?

Die zweifellos entstandenen Unterschiede hatten indes nie ein solches Ausmaß erreicht, dass man vor 1990 von einer DDR-Identität sprechen konnte. Im Gegenteil: Dass die Mehrheit der Ostdeutschen nach dem Mauerfall in einer möglichst schnellen Vereinigung mit der Bundesrepublik die praktikabelste Lösung ihrer Probleme sah, verweist darauf, dass sie sich „ein hohes Bewusstsein der Zusammengehörigkeit mit dem anderen Teil Deutschlands bewahrt“ hatte.[1] Die Identifikation mit der DDR entwickelte sich bei den meisten ostdeutschen Bürgerinnen und Bürgern vielmehr erst nach der Vereinigung, als sowohl aufgrund ihrer Enttäuschungserfahrung, des „Überlegenheitsdiskurs[es] der Westdeutschen“ und der wechselseitigen Schuldzuweisungen die DDR „zu einem umkämpften Gut [wurde], das die Ostdeutschen gegen westliche Vorurteile verteidigen wollten“. Das ändert jedoch nichts daran, dass zwischen der ostdeutschen Gesellschaft vor und nach 1989/90 soziostrukturelle Zusammenhänge bestehen. So sind für Steffen Mau die in Ostdeutschland heute erkennbaren Spannungen „Ausdruck *gesellschaft-*

[1] Detlef Pollack, Das unzufriedene Volk. Protest und Ressentiment in Ostdeutschland von der friedlichen Revolution bis heute, Bielefeld 2020, S. 94; die folgenden Zitate finden sich ebenda, S. 158 und S. 160.

VfZ 69 (2021) H.2 © Walter de Gruyter GmbH 2021 DOI 10.1515/vfzg-2021-0016

Jahrgang 69 (2021), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2021_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

licher Frakturen, von denen viele in der DDR-Gesellschaft schon angelegt waren und im Zuge der gesellschaftlichen Transformation nicht geheilt, sondern häufig noch vertieft wurden".[2] Auf der einen Seite war folglich genug Gemeinsamkeit vorhanden, dass in der Situation von 1989/90 die große Mehrzahl der Ostdeutschen in der Einheit die Lösung ihrer Probleme sah, auf der anderen Seite reichte die Gemeinsamkeit jedoch nicht aus, um vorhandene Differenzen zu überdecken.

Das verweist auf zweierlei: Zum einen erscheint es notwendig, zum Verständnis der Gegenwart nicht nur den Prozessen seit 1990 nachzuspüren, sondern weiter zurückzugehen, bis zur Geschichte der deutschen Zweistaatlichkeit und damit auch zur DDR. Auch wenn sie inzwischen mehr als 30 Jahre zurückliegt, „qualmt" diese Geschichte immer noch.[3] Zum anderen handelt es sich um ein historiografisches Problem, mit dem seit den 1980er Jahren, verstärkt aber seit den 1990er Jahren gerungen wird: Wie soll die Geschichte der DDR in die deutsche Zeitgeschichte insgesamt integriert werden?

Bereits 1985 hat Karl Dietrich Erdmann mit Blick auf die seiner Ansicht nach fortbestehende deutsche Nation von einer „dialektischen Einheit" gesprochen, um damit „der Gegensätzlichkeit und Aufeinanderbezogenheit der beiden Gesellschaftssysteme auf deutschem Boden" gerecht zu werden.[4] Christoph Kleßmann hat sich 1993 unter dem Titel „Verflechtung und Abgrenzung" über „Aspekte der geteilten und zusammengehörigen deutschen Nachkriegsgeschichte" weiterführende Gedanken gemacht.[5] Hans Günter Hockerts sah es damals mit Blick auf die Geschichte des Nationalsozialismus, der Bundesrepublik und der DDR als eine „auf längere Sicht ganz unausweichliche Aufgabe [...], die drei Zeitgeschichten des vereinigten Deutschland in ein Relationengefüge zu bringen".[6] Während letzteres lediglich in einzelnen sektoralen Längsschnitten gelang – zu erwähnen ist vor allem der von Hockerts herausgegebene Band „Drei Wege deutscher Sozialstaatlichkeit"[7] –, gab es mehrere Ansätze, eine deutsch-deutsche Geschichte zu schreiben. Dies wurde allerdings vor dem Hintergrund des nach 1990 einsetzenden Forschungsbooms zur DDR-Geschichte, aber auch einer sich erweiternden, immer stärker diversifizierenden zeithistorischen Forschung zur Geschichte Westdeutsch-

[2] Steffen Mau, Lütten Klein. Leben in der ostdeutschen Transformationsgesellschaft, Berlin 2019, S. 245 f.; Hervorhebung im Original.

[3] Für diese Metapher Barbara Tuchman, Wann ereignet sich Geschichte? (8.3.1964), in: Dies., In Geschichte denken. Essays, Düsseldorf 1982, S. 31–39, hier S. 31.

[4] Karl Dietrich Erdmann, Drei Staaten – zwei Nationen – ein Volk? Überlegungen zu einer deutschen Geschichte seit der Teilung, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 36 (1985), S. 671–683, hier S. 682.

[5] Vgl. Christoph Kleßmann, Verflechtung und Abgrenzung. Aspekte der geteilten und zusammengehörigen deutschen Nachkriegsgeschichte, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 29–30/1993, S. 30–41.

[6] Hans Günter Hockerts, Zeitgeschichte in Deutschland. Begriff, Methoden, Themenfelder, in: Historisches Jahrbuch 113 (1993), S. 98–127, hier S. 127.

[7] Vgl. Hans Günter Hockerts (Hrsg.), Drei Wege deutscher Sozialstaatlichkeit. NS-Diktatur, Bundesrepublik und DDR im Vergleich, München 1998.

Jahrgang 69 (2021), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2021_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

lands immer schwieriger.[8] Umso höher ist das Verdienst von Petra Weber zu bewerten, eine solche Gesamtdarstellung auf dem aktuellen Forschungsstand vorgelegt zu haben, in der sie beiden Seiten gerecht zu werden versucht.[9]

Nicht nur diese Arbeit verdeutlicht eine an sich banale Tatsache: Die DDR ist Teil der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts und verdient daher genauso erforscht zu werden wie andere Epochen und Teilbereiche. Das auch von Historikern wie Hans-Ulrich Wehler aufgegriffene Diktum von Stefan Heym, von der DDR bleibe nicht mehr „als eine Fußnote in der Weltgeschichte", ist daher völlig abwegig.[10] Überdies gilt, wie bei anderen Themen auch, dass die Geschichte der DDR nie ausgeforscht sein kann. Geschichtswissenschaft entwickelt sich nicht nur durch neue Quellenfunde, sondern auch dadurch weiter, dass immer wieder neue Fragen an einen historischen Gegenstand gestellt werden. Zur Weiterentwicklung der DDR-Historiografie sollen die unterschiedlichen Ausführungen dieses VfZ-Podiums beitragen. Jeder dieser knappen Texte bilanziert die bisherige Forschung unter einer übergeordneten Problemstellung und schließt Vorschläge zu einer möglichst produktiven Weiterentwicklung an.

So leiden Jürgen Johns Auffassung zufolge die Forschungen zur Geschichte der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) an einer Dominanz politikgeschichtlicher Zugänge und an einer unterstellten Teleologie, der zufolge die DDR zwangsläufig aus den unter sowjetischer Besatzung in den Nachkriegsjahren angestoßenen Entwicklungen hervorgegangen sei. Demgegenüber betont er, dass es keinen sowjetischen Masterplan gegeben habe; unter den Vertretern der vorrangig an Sicherheit und Reparationen interessierten Besatzungsmacht habe es vielmehr zahlreiche Konzept- und Interessenkonflikte gegeben. Außerdem wehrt er sich dagegen, die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands einseitig als Partei der Diktaturdurchsetzung zu bezeichnen: Für diese Aufgabe sei die Partei in den ersten Jahren ihres Bestehens viel zu heterogen gewesen. Insgesamt plädiert John einerseits für eine stärker vergleichende Perspektive – sowohl zwischen den einzelnen Besatzungszonen als auch zwischen der SBZ und weiteren damals besetzten Ländern, etwa Österreich und den ostmitteleuropäischen Staaten –, andererseits aber auch für eine differenziertere Darstellung der sowjetischen Besatzung. Forschungslücken sieht er vor allem bei der Verwaltungsgeschichte – sowohl auf der zentralen als auch auf der Länderebene.

[8] Die Befürchtungen der 1990er Jahre, der Forschungsboom zur DDR-Geschichte könne auf Kosten der Forschungen zur NS-Vergangenheit und zur Bundesrepublik gehen, haben sich nicht bewahrheitet; vgl. dazu Ralph Jessen, Alles schon erforscht? Beobachtungen zur zeithistorischen DDR-Forschung der letzten 20 Jahre, in: Deutschland Archiv 43 (2010), S. 1052–1064, hier S. 1061 f.

[9] Vgl. Petra Weber, Getrennt und doch vereint. Deutsch-deutsche Geschichte 1945–1989/90, Berlin 2020.

[10] Das Diktum Heyms vom 18.3.1990, zit. nach Hannes Bahrmann/Christoph Links, Chronik der Wende, Bd. 2: Stationen der Einheit. Die letzten Monate der DDR, Berlin 1995, S. 174. Vgl. auch Hans-Ulrich Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 5: Bundesrepublik und DDR 1949–1990, München 2008, S. 361.

Jahrgang 69 (2021), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2021_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Über John hinausgehend, beklagt Elke Scherstjanoi für die Forschungen zur DDR-Frühgeschichte eine dominierende politikgeschichtliche Sicht westdeutscher Provenienz. Es geht ihr im Wesentlichen um zwei Dinge: Zum einen fordert sie, nicht bei der Feststellung des diktatorischen Charakters der DDR in deren ersten Jahren stehen zu bleiben und den Blick nicht nur auf deren repressive Seiten, sondern auch auf andere Themen und Problemzusammenhänge zu richten. Zum anderen hält sie den Ansatz, nach dem „Eigensinn" der Menschen zu fragen, für den Königsweg bei der Analyse des ersten Nachkriegsjahrzehnts, um über die unfruchtbare Dichotomie von Demokratie und Diktatur hinauszukommen.

Petra Weber wendet sich vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Debatten über soziale Ungleichheit, über die Gleichberechtigung von Männern und Frauen und über den zunehmenden, auch in Ostdeutschland verbreiteten Rechtsradikalismus zentralen Themen der Gesellschaftsgeschichte der DDR im deutsch-deutschen Kontext zu. Dabei relativiert sie, erstens, das weit verbreitete Bild der DDR als einer „arbeiterlichen" und egalitären Gesellschaft. Zweitens argumentiert sie, dass die DDR-Gesellschaft, trotz eines Gleichstellungsvorsprungs gegenüber der Bundesrepublik, keineswegs durchgehend von einer Gleichberechtigung der Geschlechter geprägt gewesen sei. Drittens verweist sie nicht nur auf die bekannte Tatsache, dass Rechtsradikalismus – wie auch Ausländerfeindlichkeit – bereits in der DDR existierte, sondern auch darauf, dass beides teils hausgemacht, teils aus dem Westen importiert worden sei.

Über das Potenzial vergleichender Behördenforschung stellt Frieder Günther weiterführende Überlegungen an. Wenngleich durch die Aufarbeitungsbemühungen der Bundes- und Landesministerien auch die DDR teilweise in den Blick gekommen sei, stünden hauptsächlich westdeutsche Behörden im Fokus der Institutionenforschung, die vor allem an der Quantifizierung personeller NS-Belastung interessiert sei. Der Autor nimmt unter anderem den unterschiedlichen Umgang mit diesem Personenkreis und mit der herkömmlichen Verwaltungspraxis in west- und ostdeutschen Behörden in den Blick, aber auch die wechselseitigen, durch Gegnerbekämpfung und Propagandakrieg hergestellten Bezüge. Insgesamt plädiert er dafür, sich nicht nur auf Herkunft und Auswahl des Personals zu konzentrieren, sondern auch Fragen nach einer Corporate Identity sowie unterschiedliche Personengruppen zu berücksichtigen.

Da Westeuropa der dominierende Vergleichspunkt für die deutsche Geschichte der neuesten Zeit sei, komme die DDR-Geschichte, so Florian Peters, nur über diesen Umweg zum „langen Weg nach Westen" (Heinrich August Winkler). Ein solches Narrativ werde jedoch ihrem historischem Ort in der europäischen Geschichte nicht gerecht. Daher schlägt Peters vor, in der DDR eine besondere Variante des industriemodernen Ordnungsmodells an der Schnittstelle zwischen Ost und West zu sehen. Überdies solle die DDR stärker in einer ostmitteleuropäischen Vergleichs- und Verflechtungsperspektive eingeordnet werden. In diesem Zusammenhang plädiert Peters für transnationale Forschungen zur Transformationszeit, wodurch der Blick für die unterschiedlichen Wege der ostmitteleuropäischen Gesellschaften vom Sozialismus in die von Marktwirtschaft und Demokratie geprägte Gegenwart geschärft werden könne. Das würde auch dazu beitragen, die Transfor-

Jahrgang 69 (2021), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2021_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

mation in Ostdeutschland besser in die neueste europäische Zeitgeschichte einzuordnen.

Daran schließen sich die Überlegungen von Michael Schwartz zur Rolle der DDR in der Transformationsgeschichte an. Dabei unterscheidet er zwischen einer Transformation im engeren Sinne, die die gravierenden Wandlungen in Ostmitteleuropa zwischen 1989 und den Jahrzehnten danach umfasst, und einer Transformation im weiteren Sinne, die die soziokulturellen Prozesse seit den 1960er Jahren in Ost und West betreffen. Er spricht sich gegen eine vereinfachende Sicht aus, die die Vereinigung und nachfolgende Transformation Deutschlands einseitig als Anpassung des Ostens an den Westen unter dem Label Neoliberalismus interpretiert. Durch die vergleichende Betrachtung neuerer Gesamtdarstellungen kann er zeigen, dass der in Deutschland weitgehend erfolgreiche, wenngleich mit hohen sozialen, mentalen und kulturellen Kosten verbundene Transformationsprozess nicht mit einer abnehmenden, sondern einer wachsenden Bedeutung des Staats einherging. Wenngleich dabei zahlreiche westdeutsche Institutionen auf die östlichen Bundesländer übertragen wurden, habe es jedoch auch Ost-West-Transfers gegeben. Unüberhörbar ist das Plädoyer für die Beachtung von mehr Ambivalenz bei der Beurteilung des Transformationsprozesses nach 1990. Auf diese Weise könne nämlich gezeigt werden, dass DDR-Prägungen stärker fortwirkten als gemeinhin angenommen.

*

Diese und weiterführende Themen werden die Autorinnen und Autoren nach Erscheinen des *Podiums Zeitgeschichte* im Rahmen einer öffentlichen Veranstaltung erörtern und mit einem breiteren Publikum diskutieren, wobei sich derzeit noch nicht genau absehen lässt, in welcher Form diese Veranstaltung stattfinden wird. Die Diskussion wird aufgezeichnet und als Ergänzung zu diesem *Podium Zeitgeschichte* auf der VfZ-Homepage dokumentiert. Das online zugängliche VfZ-Forum (www.ifz-muenchen.de/vierteljahrshefte/forum/) bietet allen Interessierten Gelegenheit, die Debatte über den Stand und die Perspektiven der Forschung zur Geschichte von SBZ und DDR fortzusetzen.

Hermann Wentker

Jahrgang 69 (2021), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2021_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de